



Bl 3reicht! c/o Karl Wilhelm Bergfeld · Hapelrath 6 · 40764 Langenfeld

Bundesminister für Digitales und Verkehr  
Herrn Dr. Volker Wissing  
und  
Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz  
Herrn Dr. Robert Habeck  
Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz etc.  
Frau Steffi Lemke  
Bundesminister für Finanzen  
Herrn Christian Lindner  
und alle Mitglieder des Verkehrsausschusses  
des Deutschen Bundestages

per Email

**Bürgerinitiative gegen  
den Ausbau der A3**

**www.3reicht.de**

**Ansprechpartner:**  
Karl Wilhelm Bergfeld  
Hapelrath 6  
40764 Langenfeld  
kw.bergfeld@3reicht.de

Langenfeld, 24.01.2022

**Betr.: Bundesverkehrswegeplan - Konsequenzen aus dem Koalitionsvertrag**

Sehr geehrter Herr Dr. Wissing, sehr geehrte Damen und Herren,

die neue Bundesregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag festgehalten, einen neuen Infrastrukturturkonsens bei den Bundesverkehrswegen anzustreben. Wörtlich heißt es:

*„Dazu werden wir parallel zur laufenden Bedarfsplanüberprüfung einen Dialogprozess mit Verkehrs-, Umwelt-, Wirtschafts- und Verbraucherschutzverbänden starten mit dem Ziel einer Verständigung über die Prioritäten bei der Umsetzung des geltenden Bundesverkehrswegeplans. Bis zur Bedarfsplanüberprüfung gibt es eine gemeinsame Abstimmung über die laufenden Projekte. Wir werden auf Basis neuer Kriterien einen neuen Bundesverkehrswege- und -mobilitätsplan 2040 auf den Weg bringen“.*

Die seinerzeitige Bundesumweltministerin Barbara Hendricks hatte 2016 im damaligen Verfahren bei der Aufstellung des aktuellen Bundesverkehrswegeplans (BVWP) kritisiert, dass der Plan wesentliche Umwelt-, Naturschutz- und Klimaschutzanforderungen nicht erfüllt. Und auch das Bundesumweltamt hatte damals festgehalten, dass der BVWP elf der zwölf im eigenen Umweltbericht gesetzten Ziele verfehlt, von einer integrierten, verkehrsmittelübergreifenden Mobilitätsstrategie mit anspruchsvollen Umweltzielen weit entfernt ist und dringend überarbeitet werden muss.

Die Ankündigung der Erarbeitung eines neuen BVWP nach neuen Kriterien im Koalitionsvertrag der Bundesregierung ist deshalb die richtige und logische Konsequenz aus den gravierenden Mängeln des aktuellen Verkehrswegeplans.

Das macht allerdings nur dann Sinn, wenn bis zur Überprüfung der bisher vorgesehenen Projekte - insbesondere im Hinblick auf den Klimaschutz- und bis zur Verabschiedung eines neuen, klimagerechten BVWP keine unumkehrbaren Fakten geschaffen werden. Daher müssten



die Planungen bis dahin sogar gestoppt werden, denn einige der bisherigen Projekte werden absehbar nicht in einem neuen klimagerechten BVWP enthalten sein können.

Vor diesem Hintergrund ist es mehr als irritierend, dass die Autobahn GmbH und die Straßenbehörden einzelner Bundesländer trotz der klaren Aussagen im Koalitionsvertrag die Planungen von Projekten massiv vorantreiben und entsprechende Aufträge vergeben.

Das widerspricht aus unserer Sicht der Zielsetzung des Koalitionsvertrags hinsichtlich eines neuen BVWP, aber auch hinsichtlich der Ankündigung eines Dialogprozesses mit Verkehrs-, Umwelt-, Wirtschafts- und Verbraucherschutzverbänden zur Verständigung über die Prioritäten bei der Umsetzung des geltenden Bundesverkehrswegeplans. Zusätzlich ist das eine fahrlässige Ausgabe von Steuergeldern für die weitere Planung von Projekten, die sich in einem nach neuen Kriterien erarbeiteten BVWP ggf. nicht wiederfinden.

Sehr geehrter Herr Dr. Wissing, sehr geehrte Damen und Herren, vor diesem Hintergrund bitten wir Sie um eine Einschätzung der Situation und um Darstellung Ihrer Aktivitäten, damit der Koalitionsvertrag der Bundesregierung von SPD, GRÜNEN und FDP gegenüber der Bundesbehörde Autobahn GmbH, aber auch gegenüber den Bundesländern und ihren Straßenbaubehörden Geltung findet und die Behörden die Zielsetzung des Vertrags nicht durch ihr Handeln hintergehen.

**In der Anlage finden Sie beispielhaft für ein Projekt, das dringend auf den Prüfstand gehört, die widersprüchlichen Aussagen zum monetären Nutzen des achtspurigen Ausbaus der A3 zwischen Hilden und Leverkusen (Projekt A3-G20-NW). Weitere Untersuchungen und Alternativvorschläge unserer Bürgerinitiative im Hinblick auf Natur-, Umwelt- und Klimaschutz finden Sie auf unserer Homepage [www.3reicht.de](http://www.3reicht.de)**

**Die Autobahn GmbH Rheinland/Außenstelle Köln will zum 31.1.2022 die Vorentwurfsunterlagen und die Untersuchung zur temporären Seitenstreifenfreigabe (TSF) für den oben genannten Autobahnabschnitt der A3 beim Verkehrsministerium zur Freigabe der weiteren Planungsschritte einreichen. Bitten stoppen Sie die weitere Planung bis durch ein unabhängiges Gutachten geklärt ist, ob überhaupt Maßnahmen (Ausbau oder TSF) an der freien Strecke zwischen den Autobahnkreuzen Hilden und Leverkusen erforderlich sind. Denn daran bestehen augenscheinlich erhebliche Zweifel. Durch Stornierung dieses Projektes würden erhebliche Haushaltsmittel für die dringend erforderliche Sanierung der vorhandenen Verkehrsinfrastruktur frei !**

Für eine Rückmeldung über Ihre Aktivitäten in Sachen BVWP sagen wir schon jetzt vielen Dank.

Mit freundlichen Grüßen  
Karl Wilhelm Bergfeld

Anlage:

Widersprüche in der Ermittlung des Nutzen/Kosten-Verhältnisses für den achtspurigen Ausbau der A3 zwischen Hilden und Leverkusen